

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1994



Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 11/5900, 11/6322 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales
Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für
Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 44. Landesjugendplan -
wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 29. September, 20. Oktober, 27. Oktober, 09. November und 24. November 1993 den Einzelplan 07 einschließlich der Ergänzungsvorlage - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 43. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	11/2375
des Landes Nordrhein-Westfalen	11/2419
	11/2497
	11/2513
	11/2548
	11/2573
Innenministerium	11/2479

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	11/2861
des Landes Nordrhein-Westfalen	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände	
Nordrhein-Westfalen	11/2890

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 24. November 1993 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 sowie den 44. Landesjugendplan - ab.

Das Ergebnis der Aussprache über die Änderungsanträge der Fraktionen ist aus dem Ausschußprotokoll 11/1050 ersichtlich.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen -, Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - und den 44. Landesjugendplan unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Bodo Champignon
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge
zum Einzelplan 07**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 511 10 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE Enth.</p>
2	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 512 10 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 515 10 Kürzung des Ansatzes um 100 000 DM auf 200 000 DM <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein
4	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 517 10 Kürzung des Ansatzes um 123 000 DM auf 1 500 000 DM <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.
5	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 525 10 Kürzung des Ansatzes um 10 000 DM auf 43 400 DM <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 526 10 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
7	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 527 10 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>
8	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 527 20 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 529 10 Kürzung des Ansatzes um 20 000 DM auf 10 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
10	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 531 00 Kürzung des Ansatzes um 74 200 DM auf 100 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
11	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 534 00 Kürzung des Ansatzes um 50 000 DM auf 50 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 541 00 Kürzung des Ansatzes um 20 000 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
13	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 685 00 Kürzung des Ansatzes um 99 000 DM auf 500 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>
14	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 714 00 Kürzung des Ansatzes um 200 000 DM auf 500 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich. Die Kosten können über das nächste Jahr hinaus auch noch weiter gestreckt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>
15	CDU	<p>Kapitel 07 010 Titel 812 10 Kürzung des Ansatzes um 30 000 DM auf 100 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
16	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 441 10 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> Die Beihilfeverordnung ist in diesem Jahre geändert worden. Dabei ist der Beihilfesatz herabgesetzt worden. Nach Aussagen eines Vertreters des Finanzministeriums im Ausschuß für Innere Verwaltung werden dadurch rd. 30 Mio DM landesweit gespart. Die vorgesehene Kürzung realisiert dies für den EP 07.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
17	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 529 20 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>
18	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 531 10 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE Enth.</p>
19	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 636 00 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> Angleichung an das Ist von 1992.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 10 Kürzung des Ansatzes um 412 500 DM auf 2 187 500 DM</p> <p><u>Begründung</u> Beibehaltung des Anteils der öffentlichen Förderung an der Ausgabenentwicklung.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
21	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 20 Erhöhung des Ansatzes um 4 000 000 DM auf 6 808 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Arbeitslosigkeit ist in NRW in diesem Jahr weiter angestiegen. Sie liegt jetzt bei rd. 10 %. Arbeitslosenzentren (ALZ) haben nichts an ihrer Bedeutung eingebüßt. Demgegenüber ist die bestehende Förderung der ALZ durch das Land unzureichend. Eine Erarbeitung neuer Förderrichtlinien ist dringend geboten. Neue Förderrichtlinien dürfen sich allerdings nicht nach restriktiven Haushaltsvorgaben ausrichten, sondern müssen den z. T. gewandelten Anforderungen und auch neuen Problemlagen in der Arbeit von ALZ gerecht werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
22	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 30 Kürzung des Ansatzes um 139 100 DM auf 4 167 500 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
23	CDU	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 40 Kürzung des Ansatzes um 20 000 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.
24	CDU	<p>Kapitel 07 020 TG 60 Kürzung des Ansatzes um 1 620 000 DM auf 14 580 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein
25	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 547 60 Erhöhung des Ansatzes um 20 000 DM auf 630 000 DM</p>	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE ja
26	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 60 Erhöhung des Ansatzes um 5 000 000 DM auf 17 190 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Der Bedarf an sozialen Einrichtungen für ausländische ArbeitnehmerInnen ist gestiegen. Angesichts zunehmender rassistischer Tendenzen in der deutschen Wohnbevölkerung sind Angebote zur sozialen Eingliederung bei gleichzeitiger Förderung der kulturellen Selbstbestimmung für ausländische ArbeitnehmerInnen von großer Bedeutung. Die im Haushaltsplanentwurf 1994 vorgesehene Reduzierung des Ansatzes ist vor dem Hintergrund der zunehmenden AusländerInnenfeindlichkeit völlig unverständlich. Von der vorgesehenen Kürzung wären besonders Integrationsmaßnahmen betroffen.</p>	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
27	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 684 60 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 280 000 DM auf 12 470 000 DM</p> <p>und einer Erhöhung der VE</p> <p>um 600 000 DM auf 4 440 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Infolge der Betreuung weiterer, bisher in NRW nicht unterstützter ausländischer Arbeitnehmer, der erforderlichen Fortbildung, wichtiger Maßnahmen zur Unterstützung der Integration, Hilfen beim Übergang Schule/Beruf, der Errichtung weiterer Regionaler Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher sowie insbesondere als politisches Signal nach den ausländerfeindlichen Anschlägen, sollten im Ansatz keine Einschnitte vorgenommen werden. Die Deckung soll durch Umschichtung innerhalb der Förderung sozialer Maßnahmen erfolgen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
28	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 TG 63 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 2 000 000 DM auf 3 000 000 DM</p> <p>und eine Erhöhung der VE</p> <p>um 200 000 DM auf 500 000 DM</p> <p>Der Deckungsvermerk bei TG 60 soll entfallen. In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Mehr in Anpassung an extrem gestiegene Erfordernisse und den in den Vorjahren registrierten Bedarf.</p> <p><u>Begründung</u> Die mehrjährige politische Kampagne gegen das Asylgrundrecht und die Anwesenheit asyilsuchender Flüchtlinge hat zur nachhaltigen Stärkung ausländerfeindlicher und rassistischer Vorurteile geführt. Den daraus erwachsenden Risiken für ein friedliches Zusammenleben und für den Erhalt demokratischer Grundkonsense muß nicht zuletzt durch kontinuierliche und verstärkte öffentliche Aufklärungs- und Informationsarbeit begegnet werden. Gefördert werden vorrangig geeignete Initiativen und Projekte unabhängiger Verbände, Organisationen und Initiativen (z. B. Flüchtlingsräte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingshilfe-Initiativen, Kirchen, Gewerkschaften).</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
29	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 653 65 Erhöhung der VE um 500 000 DM auf 2 980 000 DM</p> <p>Begründung Die Richtlinien über die Landesförderung zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben sind Ende August 1993 neu gefaßt worden. Da die Mehrzahl der Maßnahmen daher erst 1994 bewilligt werden können und 1 - 3 Jahre dauern, ist eine Aufstockung der VE für 1995 und 1996 erforderlich, um auch kleineren Trägern Planungssicherheit zu geben.</p>	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE ja
30	CDU	<p>Kapitel 07 020 TG 66 Kürzung des Ansatzes um 375 000 DM auf 0 DM</p> <p>Begründung In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	abgelehnt SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
31	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 TG 72 UT 1 Erhöhung des Ansatzes um 25 000 000 DM auf 95 140 000 DM und</p> <p>Kapitel 07 020 TG 72 UT 2 Erhöhung des Ansatzes um 10 000 000 DM auf 30 700 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Aus den veranschlagten Mitteln werden die Fördersätze für die TeilnehmerInnen des ASH-Programms auf 1 600,- DM aufgestockt und die Anzahl der Maßnahmen erheblich aus- weitet.</p> <p><u>Begründung</u> Die bestehende Regelung sieht einen Förderansatz von 1 040 DM vor. Für viele SozialhilfempfängerInnen, insbesondere Personen mit Kindern sind die Einkommen, die sie über eine ASH-Stelle beziehen können, für eine Existenzsicherung zu niedrig. In nicht wenigen Fällen ist mit einem ASH-Arbeitsverhältnis oft eine finanzielle Schlechterstellung gegenüber dem Sozialhilfebezug verbunden. Zwar wird gemäß der Richtlinien i. d. R. eine tarifliche Vergütung gezahlt. Doch wird dies dadurch kompensiert, daß die Stundenzahl an die verfügbaren ASH-Mittel angepaßt wird. Die auf diese Weise oftmals ausgewiesenen 20 - 22 Stunden-Stellen können dann im Effekt den notwendigen Lebensunterhalt kaum sichern. Die Landesförderung pro TeilnehmerIn muß deshalb angehoben werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
32	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 653 72 Kürzung des Ansatzes um 300 000 DM auf 63 715 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Kürzung wegen Deckung bei Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer (07 020/684 60 und 07 020/547 60).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
33	SPD	<p>Kapitel 07 020 Titel 863 85 Erhöhung des Ansatzes um 1 000 000 DM auf 13 500 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die erhebliche Kürzung der Förderung von Werkstätten für Behinderte trifft einen besonders benachteiligten Personenkreis und gefährdet die Fortsetzung der Rehabilitation und die berufliche Eingliederung. Selbst die unter der Bedarfsplanung liegende Zielsetzung zur Mitfinanzierung von 1 400 Plätzen ließe sich durch den vorgesehenen Ansatz nicht realisieren. Um der auch in der Regierungserklärung festgelegten Bedeutung der Behindertenpolitik in NRW gerecht zu werden, soll eine höhere Förderleistung erbracht werden. Eine Deckung kann aus der "Internatsmäßigen Unterbringung behinderter Kinder" erfolgen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
34	GRÜNE	<p>Kapitel 07 020 Titel 526 90 Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td>um</td> <td>1 750 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>4 700 000 DM</td> </tr> <tr> <td>und einer VE</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>4 000 000 DM</td> </tr> </table> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: Die Mittel dienen der Fortführung des Programms "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung".</p> <p><u>Begründung</u> Das Programm "Mensch und Technik - Sozialverträgliche Technikgestaltung" beschäftigt sich mit Problemen, die mit der Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen zusammenhängen. Hierbei geht es primär um eine sozialverträgliche Gestaltung des technischen Innovationsprozesses, z. B. im Betrieb, sowie um die Entwicklung und Anwendung entsprechender Beteiligungsverfahren für die Beschäftigten. Zu diesem Zweck hat das Programm die Aufgabe, für die Vorbereitung und Durchführung mehrjähriger Projekte zu sorgen. Mehrheitlich stimmen die Fraktionen im Ausschuß "Mensch und Technik" mit der Landesregierung überein, daß eine Fortführung sowie ein Ausbau des Programms sinnvoll sei. Die jetzt von der Landesregierung beabsichtigte Abwicklung des Programms mit dem Hinweis, daß ein neues "Ziel 4"-Programm auf EG-Ebene etabliert wird, das in der NRW-Umsetzung SoTech ersetzen soll, kann aus folgenden Gründen nicht akzeptiert werden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die inhaltliche Ausrichtung des "Ziel 4"-Programms auf Landesebene ist bisher erst in Umrissen deutlich. 2. Die finanzielle Schwerpunktsetzung bei der Umsetzung des Programms auf Landesebene ist unklar. 3. Der Schwerpunkt des von der EG konzipierten "Ziel 4"-Programms ist im Unterschied zum SoTech-Programm auf die Qualifikation von Beschäftigten gelegt. <p>Das "Ziel 4"-Programm ist aus grüner Sicht kein Ersatz für SoTech. Es kann, je nachdem, wie letztendlich die konkrete Umsetzung aussieht, eine sinnvolle Ergänzung zu SoTech sein.</p>	um	1 750 000 DM	auf	4 700 000 DM	und einer VE		von	4 000 000 DM	<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	F.D.P.	nein	GRÜNE	ja
um	1 750 000 DM																		
auf	4 700 000 DM																		
und einer VE																			
von	4 000 000 DM																		
SPD	nein																		
CDU	nein																		
F.D.P.	nein																		
GRÜNE	ja																		

	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
35	CDU	<p>Kapitel 07 020 TG 91 Kürzung des Ansatzes um auf <u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p> <p style="text-align: right;">810 000 DM 810 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
36	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 020 "Förderprogramm "soziale Betriebe" zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose" mit einem Ansatz von 60 000 000 DM und einer VE von 20 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Gefördert werden Betriebe, die Langzeitarbeitslose mit Aufgaben in innovativen oder gesellschaftlichen Mangelbereichen dauerhaft beschäftigen. Die Förderung erfolgt in der Regel 5 Jahre.</p> <p>Begründung</p> <p>Die weitere Zuspitzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt erfordert entschlossenes und innovatives Handeln der Politik. Auch das Land NRW kann sich dieser Verantwortung nicht länger entziehen. Ein besonderes Problem ist die wachsende Spaltung des Arbeitsmarkts durch die Verfestigung und Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit. Für einen Großteil der wachsenden Zahl der Langzeitarbeitslosen gibt es derzeit kaum Aussichten auf Reintegration in den 1. Arbeitsmarkt. Stattdessen wächst die Gefahr der sozialen Deklassierung und des Verlustes jeglicher positiver Perspektiven der Lebensgestaltung. Andererseits bleiben zahlreiche gesellschaftlich notwendige Aufgaben in ökologischen und sozialen Bereichen unerledigt. Einer der Gründe für diesen Widerspruch liegt darin, daß private Investoren die Risiken der Entwicklung und Markteinführung innovativer, sozial und ökologisch sinnvoller Produkte und Dienstleistungen scheuen. Das Programm "soziale Betriebe" hat zum Ziel, insbesondere Langzeitarbeitslosen neue perspektiveimpulse für einen sozialen und ökologischen Umbau in Nordrhein-Westfalen zu geben. Gefördert werden Betriebe, die zu tariflichen Mindeststandards Dauerarbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in gesellschaftlichen Mangelbereichen einrichten (z. B. Wohnungsbau bzw. Instandsetzung, Wassersparwirtschaft, stoffliche Abfallverwertung, Energieeinsparung bzw. Erschließung regenerativer Energien, öffentlicher Verkehr, ambulante Pflege und familienlastende soziale Dienste). Die sozialen Betriebe</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>bieten ihre Leistungen auch in Konkurrenz zur Privatwirtschaft an und erhalten Zugang zu allen infrage kommenden Formen der Wirtschaftsförderung.</p> <p>Die öffentliche Förderung ist dadurch gerechtfertigt, daß die sozialen Betriebe ihre Leistungen mit Erwerbslosen erbringen und bewußt auf Rationalisierungsgewinne verzichten, um fehlende einfache Arbeitsplätze zu schaffen. Ziel ist, nach Ablauf des 5jährigen Förderzeitraums zu erreichen, daß sich der Betrieb selbst tragen und am Markt bestehen kann. Anfangs werden die Kosten durch die Landesförderung - zusammen mit den eingesparten Mitteln anderer öffentlicher Kostenträger (Sozialhilfeträger, Hauptfürsorgestelle etc.) - voll übernommen. Danach wird die Landesförderung nach einem abgestuften und auf das konkrete Betriebsentwicklungskonzept abgestimmten System bis zum Ablauf des Förderzeitraums schrittweise abgesenkt (degressive Förderung). Eine Förderung über den Regelzeitraum von 5 Jahren hinaus ist im Einzelfall möglich, sofern das Ziel der selbständigen Marktfähigkeit in überschaubarer Frist nicht unerreichbar erscheint.</p> <p>Mindestens die Hälfte der geförderten Arbeitsplätze ist an Frauen zu vergeben.</p> <p>Bei der Ausgestaltung des Projektes sollen die Erfahrungen des niedersächsischen Modells der "sozialen Betriebe" herangezogen werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
37	GRÜNE	<p>Quotierung von arbeitsmarktwirksamen Mitteln</p> <p>Die Mittel aller arbeitsmarktwirksamen, unternehmensfördernden und die wirtschaftliche Infrastruktur verbessernden Förderprogramme sowie alle Titel, die der wirtschaftsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit dienen, incl. die Förderung von Messen und Beratungseinrichtungen, werden bei neu beginnenden Maßnahmen so verausgabt, daß sie mindestens in gleichem Maße Frauen zugute kommen. Laufende Maßnahmen werden so sukzessive ebenso gestaltet.</p> <p>Diese Maßgabe bezieht folgende Titel ein: Kapitel 07 020, Titel 684 10, 684 20, 684 30, 684 40, 697 10, 892 00, Titelgruppen 60, 61, 62, 64, 65, 66, 67, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 90, 91,</p> <p>Kapitel 07 021 insgesamt.</p> <p><u>Begründung</u> Die Berücksichtigung von Frauen als Adressatinnen von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-Förderprogrammen ist kaum gegeben. Dies gilt für von Frauen betriebene Unternehmen und für Betriebe mit überwiegend weiblichen Beschäftigten einerseits, für die Ziele der eher arbeitsmarktwirksamen und infrastrukturenden Programme andererseits.</p> <p>Frauen müssen endlich in gleichem Maße von öffentlich verausgabten Mitteln profitieren wie Männer.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
38	GRÜNE	<p>Die Erläuterungen bei Kapitel 07 040 Titel 381 20</p> <p>werden wie folgt geändert: "Der Ansatz ist geschätzt. Von dem Istaufkommen sind 50 v. H. aufgrund § 4 Abs. 2 Satz 4 des Spielbankgesetzes NW vom 19. März 1974 i. d. F. von Artikel 1 des 2. Haushaltsfinanzierungsgesetzes vom 24.11.1982 an die Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege abzuführen. Die Ausgabe ist bei Kapitel 07 040 Titel 684 19 veranschlagt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
39	CDU	<p>Kapitel 07 040 Titel 531 00 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 20 000 DM auf 20 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
40	CDU	<p>Kapitel 07 040 Titel 546 10 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 5 000 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>
41	CDU	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 11 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 1 500 000 DM auf 31 500 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Erhöhung soll der Förderung des ehrenamtliche Engagements dienen, insbesondere sollen die Wohlfahrtsverbände in die Lage versetzt werden, den ehrenamtlichen Mitarbeitern einen Teil ihrer durch das ehrenamtliche Engagement entstandenen Aufwendungen zu ersetzen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
42	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 60 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 2 300 000 DM auf 9 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Erhöhung aufgrund eines erhöhten Anteils des Landes an den Personalkosten der Betreuungsvereine sowie der Erweiterung des Angebotes durch neue Betreuungsvereine.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
43	CDU	<p>Kapitel 07 040 TG 70 Erhöhung des Ansatzes um auf Begründung Die Erhöhung soll insbesondere dazu dienen, um zusätzliche Wohnheimplätze für Behinderte schaffen zu können.</p> <p style="text-align: right;">2 500 000 DM 15 000 000 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>
44	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Untertitels bei Kapitel 07 040 TG 70 "Maßnahmen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit" mit einem Ansatz von 10 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Gefördert werden u. a.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Projekte betreuten Wohnens für alleinstehende Wohnungslose; - spezielle Wohn- und Betreuungsangebote für alleinstehende wohnungslose Frauen; - Fachberatungsstellen. <p>Begründung Die bestehenden Angebote und Einrichtungen für alleinstehende Wohnungslose richten sich fast ausschließlich an Männer. Demgegenüber hat besonders die Zahl der obdachlosen Frauen und jungen Erwachsenen in den letzten Jahren erheblich zugenommen. In einigen Städten beträgt der Anteil der Frauen an den alleinstehenden Wohnungslosen mittlerweile rd. 20 %.</p> <p>Mangels kurzfristiger Perspektiven zur Überwindung der Wohnungsnot und zur Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an bezahlbarem Wohnraum durch den Markt sind besondere Anstrengungen zur Schaffung geeigneter Hilfen für alleinstehende Wohnungslose (insbesondere Frauen und junge Erwachsene) unabweisbar.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
45	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 71 "Förderung von Leben in selbstgewählten Wohnformen für Menschen mit Behinderungen"</p> <p>- Zuschuß zu Bau- und Einrichtungskosten - mit einem Ansatz von 5 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Gefördert werden sollen offene, in das Gemeinwesen integrierte Wohnformen"</p> <p><u>Begründung</u> Dem Bedarf nach individuellen Wohn- und Lebensformen muß wesentlich stärker als bislang entsprochen werden. Aus der HHSt sollen Projekte gefördert werden, die ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Stadtteil ermöglichen, z. B. Wohngemeinschaften "autonom Leben".</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
46	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 71 "Förderung für Beratungsstellen 'Selbstbestimmtes Leben Behinderter'"</p> <p>mit einem Ansatz von 2 000 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Es sollen unabhängige Koordinierungs- und Beratungsstellen für Behinderte gefördert werden. Die bislang gemachten Erfahrungen aus den Modellprojekten sind durchweg positiv. Eine Förderung anderer Einrichtungen ist notwendig und über eine Förderung voranzutreiben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
47	SPD	<p>Kapitel 07 040 Titel 526 71</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 21 000 DM auf 210 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Eine gesetzliche Eingliederung der Behinderten kann nur dann gelingen, wenn die Menschen Behinderung als nur Verschiedensein begreifen. Dazu müssen Programme das Akzeptanzverhalten verbessern helfen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
48	CDU	<p>Kapitel 07 040 TG 71 Kürzung des Ansatzes um 20 000 DM auf 169 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
49	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 90 Erhöhung des Ansatzes um 1 300 000 DM auf 7 050 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: 550 000 DM 1. Förderung der Altersselbsthilfe 2. Erholungsmaßnahmen für alte Menschen 7 500 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Neufassung der Richtlinien erfordert bei einer bedarfsgerechten Umsetzung einen erhöhten Haushaltsansatz.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
50	SPD	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 90 Erhöhung des Ansatzes um 750 000 DM auf 6 500 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Innerhalb des Landesaltenplans konnte eine Vielzahl von Projekten im Bereich Integration älterer Menschen/Anteil Altersselbsthilfe nicht gefördert werden, obwohl Eigeninitiative und Selbstorganisation wichtige Bestandteile der Politik für Senioren in NRW sind. Mit der Anpassung an den Ansatz 1993 sollen zumindest die bisher geförderten Maßnahmen erhalten bleiben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 91 Erhöhung des Ansatzes um auf 15 500 000 DM 82 370 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Mehrausgaben sind vorgesehen für</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Wohnraumanpassungshilfen + 3 000 000 DM b) Maßnahmen zur Förderung neuer Wohnformen + 5 000 000 DM c) Organisation, Koordination und Fachberatung in ambulanten sozialen Diensten + 3 000 000 DM d) Förderung von Fachpflegekräften in Sozialstationen und ambulanten Diensten + 2 000 000 DM e) Fortbildung und Unterstützung in Fragen der Sterbebegleitung + 2 500 000 DM <p><u>Begründung</u> Trotz einer Ausweitung des Angebotes an ambulanten Hilfen wird das Pflegeangebot dem Bedarf noch nicht gerecht. Viele Sozialstationen sind in der Nacht nicht zu erreichen. Die Pflege am Wochenende ist eingeschränkt. Eine Betreuung über 1 - 2 Stunden pro Tag hinaus kann nur in Ausnahmefällen geleistet werden. Die Arbeit der Sozialstationen findet aus Kostengründen unter erheblichem Zeitdruck statt. Durchschnittlich wird ein Hausbesuch mit 20 - 30 Minuten angesetzt.</p> <p>Eine konsequente Förderung ambulanter Hilfen muß auch bei eintretendem höheren Pflegebedarf ein Verbleiben im gewohnten Lebens- und Wohnumfeld sichern. Hierzu gehört auch ein Angebot an zeitintensiven Hilfen für die Pflege zu Hause.</p> <p>Ambulante Pflegedienste sind flächendeckend auszubauen und um bislang vernachlässigte Betreuungsfelder (geronto-psychiatrische Hilfen, Sterbebegleitung, hauswirtschaftliche Hilfen etc.) zu erweitern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																
52	SPD	<p>Die ambulante psychiatrische Versorgung muß über eine entsprechende Förderung von Fachpflegekräften in Sozialstationen und bei ambulanten Diensten ausgebaut und die Fortbildung und Unterstützung in Fragen der Sterbebegleitung erheblich ausgeweitet werden.</p> <p>Einen Schwerpunkt in der Förderung muß dem Aufbau 'neuer Wohn- und Betreuungstypen' zukommen. Perspektivisch müssen flächendeckend entsprechende entwickelt werden.</p> <p>Kapitel 07 040 Titel 684 91 Kürzung des Ansatzes</p> <table border="0" data-bbox="558 629 654 918"> <tr> <td>um</td> <td>771 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>65 399 000 DM</td> </tr> </table> <p><u>Begründung</u> Kürzung wegen Deckung bei "Aktionsprogramm zur sozialen Eingliederung Behinderter" (07 040/526 71) und Landesaltenplan "Gesellschaftliche Integration alter Menschen" (07 040/684 90)</p>	um	771 000 DM	auf	65 399 000 DM	<p>angenommen</p> <table border="0" data-bbox="558 336 718 627"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	F.D.P.	Enth.	GRÜNE	nein				
um	771 000 DM																		
auf	65 399 000 DM																		
SPD	ja																		
CDU	nein																		
F.D.P.	Enth.																		
GRÜNE	nein																		
53	SPD	<p>Kapitel 07 040 Titel 684 91 Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" data-bbox="877 629 1053 918"> <tr> <td>um</td> <td>900 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>66 299 000 DM</td> </tr> </table> <p>und einer Erhöhung der VE</p> <table border="0" data-bbox="989 629 1053 918"> <tr> <td>um</td> <td>225 000 DM</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>33 125 000 DM</td> </tr> </table> <p><u>Begründung</u> Die Übernahme des bisher vom MSV (EP 15 Kapitel 15 040 Titel 684 10) geförderten ZWAR-Projektes (ZWAR e. V. Zwischen Arbeit und Ruhestand, Dortmund) in den EP des MAGS (Kapitel 07 040 Titel 684 91 Unterteil 9 "Förderung der nachberuflichen Tätigkeit von zu Hause lebenden alten Menschen") ist erforderlich geworden, da sich die Aufgabenstellung des ZWAR e. V. zu einer reinen Altenarbeit entwickelt hat.</p>	um	900 000 DM	auf	66 299 000 DM	um	225 000 DM	auf	33 125 000 DM	<p>angenommen</p> <table border="0" data-bbox="877 336 1037 627"> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>F.D.P.</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	F.D.P.	Enth.	GRÜNE	ja
um	900 000 DM																		
auf	66 299 000 DM																		
um	225 000 DM																		
auf	33 125 000 DM																		
SPD	ja																		
CDU	Enth.																		
F.D.P.	Enth.																		
GRÜNE	ja																		

54	<p>Antragsteller (Fraktionen)</p> <p>GRÜNE</p>	<p>Antrag (evtl. Begründung)</p> <p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 TG 92 "Darlehen an kommunale und freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Tagespflegeeinrichtungen der Altenhilfe" 25 000 000 DM mit einem Ansatz von 25 000 000 DM und einer VE von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Aus den veranschlagten Mitteln werden an kommunale und freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Tagespflegeeinrichtungen der Altenhilfe Darlehen bis maximal zu einer Höhe von 70 000 DM pro Tagespflegeplatz gewährt. Gefördert werden vorrangig Tagespflegehäuser, die im Verbund mit ambulanten Diensten tätig sind und eine Größe von max. 12 - 15 Plätzen nicht überschreiten.</p> <p>Darlehen werden für den Neubau wie auch den Umbau bestehender geeigneter Räumlichkeiten gewährt.</p> <p>Aus diesen Mitteln wird auch die Erstausrüstung von teilstationären Einrichtungen der Altenhilfe mit 3 000 DM pro Platz gefördert"</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Die zunehmenden Anforderungen an ambulante Dienste bezüglich zeit- und pflegeintensiver Hilfen erfordern eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Tagespflegeangeboten. Defizite ambulanter Hilfen im zeitintensiven Betreuungsbereich können darüber ausgeglichen werden. Der Verbund ambulanter Hilfen mit Tagesangeboten bildet ein Gesamtkonzept, das pflegebedürftigen Menschen ein Leben im gewohnten Wohnumfeld sichern kann.</p> <p>Das Tagespflegeangebot ist in NRW immer noch völlig unzureichend. Die für 1994 geplanten 310 Plätze liegen weit unter dem im Landesaltenplan selbst gesteckten Ziel, innerhalb von sieben Jahren ein Angebot von 7 500 Tagespflegeplätzen in NRW aufweisen zu können.</p>	<p>Abstimmungsergebnis</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
----	------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Soll diese Zahl im vorgesehenen Zeitraum von sieben Jahren erreicht werden, müssen jährlich mehr als 1 000 zusätzliche Tagespflegeplätze eingerichtet werden. Der Haushaltsplanentwurf sieht hierfür keine ausreichenden Gelder vor. Zudem müssen die o. g. Bedarfsschätzungen mittel- und langfristig als viel zu gering eingestuft werden.</p> <p>Die derzeit bestehenden Rahmenbedingungen zur Förderung der Tagespflege behindern nicht selten die Umsetzung vieler Tagespflegeprojekte. Die Landesregierung fördert den Bau von Tagespflegeeinrichtungen in Höhe von 35 000 DM. Der Träger muß mindestens 10 % der Kosten als Eigenmittel übernehmen und Eigentümer des Baugrundstückes sein. Die Bau- und Einrichtungskosten betragen für ein Tagespflegehaus mit 12 Plätzen i. d. R. 500 000 DM bis 800 000 DM.</p> <p>Die Darlehen der Landesregierung werden nur für den Bau nicht aber für den Umbau oder die Einrichtung von angemieteten Räumlichkeiten gewährt. Die Träger bleiben hier auf Gelder der Stiftung Wohlfahrtspflege bzw. des Kuratoriums Deutsche Altershilfe angewiesen.</p> <p>Besonders für viele kleine Träger werden hier fast unüberwindbare Schwierigkeiten aufgebaut. Hinzu kommen Probleme im Bereich der Betriebskostenfinanzierung. Die Landschaftsverbände erkennen bei angemieteten Räumlichkeiten nur die ortsübliche Miete für Wohnraum bei der Refinanzierung über den Pfle-gesatz an. I. d. R. sind diese Mietansätze für geeignete neuvermietete Räumlichkeiten viel zu niedrig angesetzt.</p> <p>Im Rahmen der eigenen Zuständigkeit soll die Landesregierung die Darlehen für die Investitionsförderung pro Platz erheblich steigern und entsprechende Darlehen auch für den Umbau geeigneter Objekte gewähren.</p> <p>Eine bedarfsgerechte Förderung der Tagespflege erfordert eine eigene Haushaltsstelle. Aus den bislang hierfür vorgesehenen Haushaltspositionen werden fast ausschließlich stationäre Einrichtungen gefördert. Für eine eigene Haushaltsstelle spricht auch, daß Tagespflege als stadtteilbezogene Einrichtung in Kooperation mit ambulanten Hilfen ein der Heimerbringung gegenläufiges Konzept verfolgt. Ein eigenständiger Titel würde auch dem Bedeutungsgewinn der Tagespflege als Förderungsschwerpunkt in der Altenhilfe Rechnung getragen.</p>	

	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
55	GRÜNE	<p>Bei Kapitel 07 040 TG 92 erhalten die Titel 853 92, 863 92 eine verbindliche Erklärung In der Erläuterung wird aufgenommen: "Es sollen vorrangig Einrichtungen gefördert werden, die neue Konzepte in der Altenhilfe berücksichtigen. Hierzu gehören u. a. folgende Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stadteilorientierung (u. a. Öffnung der Einrichtung für das Gemeinwesen) - Einrichtung mit max. 40 Plätzen - Aufbau von Verbundsystemen - Betreute Wohngruppen - Einzelzimmer und individuelle Wohnbereiche - Abkehr von der Funktionspflege hin zu einer ganzheitlichen Wohngruppenpflege - aktivierende und rehabilitierende Pflege" <p><u>Begründung</u> Die Landesregierung muß die Qualität der Pflege und die Bedürfnisse der alten Menschen stärker in den Vordergrund der Altenhilfeplanungen stellen. Dies muß auch bei der Ausweisung der Haushaltsmittel zum Ausdruck kommen. Die großen stationären Einrichtungen entsprechen i. d. R. nicht den lebensnahen Wohnheiten und Bedürfnissen der betroffenen Menschen. Im Bereich der stationären Pflege sollten nur noch Einrichtungen gefördert werden, die den individuellen Bedürfnissen alter Menschen eher gerecht werden können und von ihrem Konzept her dazu beitragen können, die eigenen Fähigkeiten und Kompetenzen der BewohnerInnen zu erhalten bzw. zurückzugewinnen. Eine Ghettosituation, wie sie bei großstationären Einrichtungen die Regel darstellt, muß vermieden werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
56	GRÜNE	<p>Einrichtung einer neuen Titelgruppe bei Kapitel 07 040 "Förderung neuer Wohnformen für ältere Menschen" 15 000 000 DM 15 000 000 DM mit einem Ansatz von und einer VE von</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Aus den veranschlagten Mitteln werden Darlehen für investive Maßnahmen für Wohngruppen vergeben."</p> <p><u>Begründung</u> Durch investive Hilfen soll das Land modelhafte Formen gemeinschaftlichen Wohnens alter Menschen unter sich und zusammen mit jungen Menschen in Wohn- und Hausgemeinschaften fördern, auch im Zuge von Neubaumaßnahmen oder Umbau im Bestand.</p> <p>Der Bedarf an neuen Wohn- und Betreuungsformen alter Menschen wie auch generationsübergreifenden Wohnens steigt. Der Wunsch alter Menschen nach selbstbestimmter Lebensführung bleibt in den überkommenen Altenhilfekonzepthen allerdings weitgehend unberücksichtigt. Die Unterstützung häuslicher Pflege ist i. d. R. nur auf die Verlängerung des Verbleibs in der eigenen häuslichen Umgebung gerichtet, nicht aber auf das Ziel einer grundsätzlichen Vermeidung der Heimunterbringung.</p> <p>Statt der zunehmenden Errichtung weiterer großstationärer Einrichtungen muß im Sinne einer Sicherung der Selbstbestimmung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit eine Palette differenzierter, auf unterschiedliche Wohn- und Lebenssituationen ausgerichteter Angebote geschaffen werden. Bestehende Wohngemeinschaften und betreute Wohngruppen haben die Möglichkeit selbstbestimmten Wohnens alter Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit aufgezeigt. Auch für Menschen, die eine zeitintensive Betreuung benötigen, sind diese Wohnformen eine Alternative zur Heimunterbringung.</p>	abgelehnt SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
57	GRÜNE	<p>Kapitel 07 040 TG 93 Erhöhung des Ansatzes um 12 000 000 DM auf 35 297 500 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Landesregierung übernimmt bei der berufsbegleitenden Ausbildung die Kosten der Ausbildungsphasen, die nicht über die Bundesanstalt für Arbeit nach dem AFG finanziert werden." <u>Begründung</u> Die Ausbildungskosten für die berufsbegleitende Ausbildung in der Altenpflege wurde bis Anfang 1992 vom Land in Höhe von 600 DM pro Schülerin und Schüler im Monat übernommen. Seitdem wird dieser Ausbildungsgang vom Arbeitsamt finanziert. Die Ausbildung umfaßt eine Dauer von insgesamt 36 Monaten. Hieran schließt ein Anerkennungsjahr an. Die dreijährige Ausbildung an einem Altenpflegetechnikseminar gliedert sich i. d. R. in eine Schulphase von 21 Monaten mit einem theoretischen- und fachpraktischem Unterricht sowie einer Berufsphase. Bis zur Umstellung der Kostenträgerschaft hat das Land die Ausbildungskosten für die gesamte dreijährige Ausbildung übernommen. Vom Arbeitsamt werden nur noch die Ausbildungskosten für die Schulphase übernommen. Die Altenpflegetechnikseminare, insbesondere die kleineren Einrichtungen, sind bzw. werden hierdurch in massive finanzielle Schwierigkeiten geraten.</p> <p>Das Land soll die Kosten für die Auszubildendenvergütung in der Altenpflege übernehmen, soweit keine andere Finanzierung, z. B. über eine bundesgesetzlich einheitliche Regelung erfolgt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
58	GRÜNE	<p>Antrag (evtl. Begründung)</p> <p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 040 "Modellprojekt unabhängige Sozialhilfeberatung" mit einem Ansatz von 3 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Mit den veranschlagten Mitteln werden im Rahmen eines 3jährigen Modellprogramms mindestens 20 Sozialhilfeberatungsstellen mit je zwei Fachkräften zuzüglich eines Sachko- stenansatzes gefördert." <u>Begründung</u> Das Bundessozialhilfegesetz sieht eine unabhängige Beratung von Leistungs- empfängerInnen vor. Vielerorts ist diese Beratung derzeit nicht oder nicht in ausreichendem Maße gewährleistet. Eine Förderung freier Sozialhilfeberatungs- stellen soll eine entsprechende Beratung sichern. Über das Modellprogramm sollen einerseits bereits tätige Beratungsstellen, die i. d. R. völlig unzurei- chend abgesichert sind, unterstützt, und andererseits an Orten, wo bislang kein entsprechendes Beratungsangebot besteht, ein solches aufgebaut werden.</p> <p>Mittelfristiges Ziel ist der Aufbau einer flächendeckenden Infrastruktur un- abhängiger Sozialhilfeberatungsstellen in NRW. Das Modellprojekt soll aus- sagefähige empirische Hinweise und Aufschlüsse über die dabei zu berücksich- tigen Probleme geben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
59	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 14 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 136 500 DM auf 0 DM</p> <p>und Kürzung der VE</p> <p>um 45 000 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung</u> Für eine Förderung von Patenlandmannschaften und ihrer Tätigkeiten ist kein nachvollziehbarer gesellschaftlicher Bedarf mehr erkennbar. Die eingesparten Mittel werden zur Deckung des neuen Titels "Förderung des Flüchtlingsrats NRW" verwendet.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
60	GRÜNE	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 30 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 285 000 DM auf 0 DM</p> <p>Kürzung der VE</p> <p>um 95 000 DM auf 0 DM</p> <p>Begründung Die Beiräte sind in der bestehenden Form Anachronismen aus Zeiten des Kalten Krieges und sachlich überflüssig. Hauptsächlich bieten sie Funktionen aus den Vertriebenenverbänden ein Betätigungsfeld, das für die zukunftsorientierte Aufarbeitung von Problemen in Verbindung mit Migration und Flucht völlig ungeeignet und dessen Bezeichnung im Hinblick auf ausländische Flüchtlinge irreführend ist. Die Landesförderung für die Beiräte ist deshalb einzustellen. Die eingesparten Mittel dienen zur Deckung des neuen Titels "Förderung des Flüchtlingsrats NRW."</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
61	CDU	<p>Kapitel 07 060 Titel 684 61 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 200 000 DM auf 500 000 DM</p> <p>Begründung Die vorgeschlagene überproportionale Kürzung des Titels ist sachlich nicht vertretbar. Eine Kürzung in Höhe von 55 000 DM trägt der Haushaltslage des Landes Rechnung. Die gegenüber dem Haushaltsvoranschlag vorgesehene Erhöhung um 200 000 DM soll u. a. für Aufgaben im Rahmen der beabsichtigten Partnerschaft NW/Oberschlesien dienen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
62	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Zuschüsse an den Flüchtlingsrat NRW" mit einem Ansatz von 500 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Förderung sichert die Tätigkeit des Flüchtlingsrats NRW. Eine Einflußnahme auf die Gestaltung der Arbeit ist damit nicht verbunden."</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Das Land anerkennt die wertvolle Tätigkeit des nordrhein-westfälischen Flüchtlingsrats und der ihm angeschlossenen örtlichen Flüchtlingsräte und Initiativen als unverzichtbaren Beitrag zum Abbau von Vorurteilen und zur Verbesserung der Lebenssituation der unter uns lebenden Asylsuchenden und Flüchtlinge. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund verstärkter rassistischer Aggression gegen ausländische Flüchtlinge muß sichergestellt werden, daß diese Arbeit fortgesetzt werden kann. Die Weiterführung der Arbeit ist derzeit vor allem dadurch akut gefährdet, daß frühere Möglichkeiten zur Absicherung einer hauptamtlichen Kraft für Koordinierungs- und Qualifizierungsaufgaben entfallen sind.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
63	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderprogramme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" mit einem Ansatz von 3 500 000 DM und einer VE von 2 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen dem Aufbau gezielter sozialer und psychosozialer Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge."</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>In den letzten Jahren hat sich die Zahl alleinstehender asylsuchender Kinder und Jugendlicher, die ohne Begleitung durch wenigstens ein Elternteil in die BRD kommen, erhöht. Oft handelt es sich um Jugendliche aus Kriegs- und Katastrophengebieten, deren Eltern die Fluchtkosten für sich selbst nicht aufbringen konnten.</p> <p>Die Situation der "Fluchtwaisen" ist im Vergleich zu erwachsenen Asylsuchenden oder Jugendlichen in Begleitung von Eltern besonders prekär. Solange aus asyl- und ausländerrechtlichen Gründen eine bedarfsgerechte Inanspruchnahme von Regelangeboten der Kinder- und Jugendhilfe nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, sind gezielte ergänzende Hilfs- und Förderangebote bereitzustellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
64	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung von Sprachkursen für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge" mit einem Ansatz von 5 000 000 DM und einer VE von 2 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen dem Aufbau eines differenzierten Angebots von Deutschkursen für Asylsuchende und ausländische Flüchtlinge, um die sprachliche Grundlage für ein selbständiges Leben in der Gesellschaft und zur Teilnahme an Angeboten zur beruflichen und sozialen Integration zu schaffen bzw. zu verbessern."</p> <p>Begründung Unzureichende Kenntnisse der deutschen Sprache bei Asylsuchenden und Flüchtlingen führen zur Verstärkung von Problemen im Umgang mit Behörden, bei der Vorbereitung und Durchführung des Asylverfahrens, bei der Orientierung in der zunächst völlig fremden Umgebung. Die Möglichkeiten alltäglicher Kommunikation und Kontaktpflege mit der einheimischen Bevölkerung sind eingeschränkt, schulische und berufliche Integration erschwert. Um Kommunikationshemmnisse abzubauen und durch Förderung transnationaler Sozialkontakte dem Rassismus in der deutschen Bevölkerung entgegenzuwirken, ist der bedarfsgerechte Aufbau einer Infrastruktur entsprechender Sprachkurs-Angebote unerlässlich. Vorrangig sind dabei die Standorte der Sammellager sowie geeignete Projekte in Städten und Gemeinden mit einem hohen Anteil von Bürgerkriegsflüchtlingen zu berücksichtigen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
65	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Zuschüsse für Ergänzungsunterricht an Kindern von Asylsuchenden und ausländischen Flüchtlingen" mit einem Ansatz von 1 000 000 DM in die Erläuterungen wird aufgenommen:</p> <p>"Gefördert werden Angebote zum ergänzenden Unterricht von Kindern ausländischer Flüchtlinge einschließlich eines muttersprachlichen Unterrichts, sofern dieser über das regelschulische Angebot nicht realisierbar ist."</p> <p><u>Begründung</u></p> <p>Zum Ausgleich besonderer Benachteiligungen von Kindern ausländischer Flüchtlinge bei der Integration in Regelschulen, sind entsprechende Ergänzungs- und Nachhilfeangebote bereitzustellen, die den Bildungszugang sichern und den schulischen Erfolg fördern. Zur Minderung sprachlicher und kultureller Entfremdungsprobleme bei Rückkehr von Kriegs- und de-facto-Flüchtlingen sind Angebote muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts von wesentlicher Bedeutung. Im übrigen ist der Kultusminister gefordert, endlich einen Rechtsanspruch auf Beschulung von Flüchtlingskindern zu schaffen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
66	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung von Angeboten zu psychosozialen Betreuung ausländischer Flüchtlinge" mit einem Ansatz von 2 500 000 DM und einer VE von 1 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen dem Ausbau der psychosozialen Zentren Köln und Düsseldorf sowie der Schaffung ergänzender dezentraler Angebote zur psychosozialen Therapie und Betreuung von Asylsuchenden und anderen ausländischen Flüchtlingen."</p> <p><u>Begründung</u> Asylsuchende und Flüchtlinge kommen nicht selten vor dem Hintergrund eines psychisch schwer verarbeitbaren Verfolgungsschicksals, etwa durch erlittene Folterungen, Vergewaltigungen, oder den gewaltsamen Verlust nahestehender Menschen. Gerade unter den Flüchtlingen aus dem jugoslawischen Kriegsgebiet sind viele mit schwersten traumatischen Erfahrungen. Vor allem Frauen gehören angesichts von Massenvergewaltigungen und Zwangsprostitution zu den Hauptbetroffenen. Dazu kommen die vielfältigen Belastungen durch das neue Leben in einer zunächst völlig fremden Umgebung mit anderen ethischen und kulturellen Normen und - bei Asylsuchenden - den Verlust alltäglicher Selbstbestimmungsrechte infolge von Sachleistungsregelungen.</p> <p>Die derzeitigen Kapazitäten der beiden existierenden psychosozialen Beratungsstellen sind den Aufgaben bei weitem nicht mehr angemessen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
67	GRÜNE	<p>Einrichtung eines neuen Titels bei Kapitel 07 060 "Förderung der beruflichen Aus- und Fortbildung von Flüchtlingen"</p> <p>mit einem Ansatz von 10 000 000 DM und einer VE von 5 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die veranschlagten Mittel dienen der Förderung von Angeboten zur beruflichen Erstausbildung und beruflichen Qualifizierung für de-facto-Flüchtlinge und Kriegsflüchtlinge."</p> <p><u>Begründung</u> De-facto-Flüchtlinge und Kriegsflüchtlinge verfügen im Vergleich zu Asylberechtigten über unzureichende Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Da jedoch ihr Aufenthalt oft über viele Jahre andauert, muß zum Zweck der sozialen und beruflichen Integration der Zugang zu Regelangeboten der Aus- und Weiterbildung ermöglicht bzw. erforderlichfalls ein ergänzendes Angebot geschaffen werden. Berufliche Erstausbildung und Fortbildung von Kriegsflüchtlingen ist darüberhinaus ein konkreter Beitrag zum künftigen Wiederaufbau im Heimatland. Eine teilweise Refinanzierung ist durch sinkende Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen wegen verbesserter Erwerbsarbeitschancen zu erwarten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
68	CDU	<p>Kapitel 07 080 Titel 685 40 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 170 200 DM auf 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
69	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 63 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 418 000 DM auf 3 000 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
70	GRÜNE	<p>Kapitel 07 080 TG 64 Erhöhung des Ansatzes um 3 000 000 DM auf 10 661 500 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Erhöhung ist für die 'Betreuung von AIDS-Kranken' vor- gesehen".</p> <p><u>Begründung</u> Das Angebot an Betreuungen für AIDS-Kranke ist nach wie vor unzureichend. Mit den zusätzlichen Mitteln soll das Angebot entsprechend erweitert werden.</p> <p>Insbesondere sollen die Kürzungen im Youth-Worker Programm in voller Höhe zurückgenommen werden. Der Zuschuß pro Stelle beträgt weiterhin 50 000 DM.</p> <p>Derüber hinaus soll ein Netz von selbstorganisierten Spezial-dienste für AIDS- Kranke aufgebaut werden. Hierfür werden Mittel bereitgestellt.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
71	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 541 64 Erhöhung des Ansatzes um 10 000 DM auf 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Prävention hat sich bei der Bekämpfung von AIDS als entscheidender Schritt erwiesen. Insbesondere die frühzeitige Aufklärung junger Menschen und die Unterrichtung von Multiplikatoren (Primärprävention) durch Youthworker waren hierbei erfolgreich. Durch die überdurchschnittliche Kürzung sind ca. 75 % der Youthworker-Stellen in den Kommunen gefährdet.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
72	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 653 64 Erhöhung des Ansatzes um 18 000 DM auf 1 689 500 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
73	SPD	Kapitel 07 080 Titel 684 64 Erhöhung des Ansatzes um auf 972 000 DM 6 172 000 DM	angenommen SPD ja CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
74	GRÜNE	<p>Kapitel 07 080 TG 71 Erhöhung des Ansatzes um 11 000 000 DM auf 43 000 000 DM</p> <p>In die Erläuterungen wird aufgenommen: "Die Anhebung des Haushaltsansatzes erfolgt für die Bereiche</p> <p>a) Sucht- und Drogenberatungsstellen + 1,0 Mio DM b) Niedrigschwellige Drogenarbeit + 2,0 Mio DM - u. a. Einrichtung weiterer Kontaktcafes c) Sucht und Frauen + 3,3 Mio DM u. a. für - Landeskoordinationsstelle 'Frauen und Sucht' - Orientierungshäuser für Frauen - Notschlafstellen - Übernachtungsmöglichkeiten für Frauen mit Kindern</p> <p>d) Orientierungseinrichtungen, Tageseinrichtungen, Nachsorge + 1,0 Mio DM - Aufbau eines Systems ambulanter und stationärer Nachsorge + 1,0 Mio DM</p> <p>f) Ausbau von Therapieplätzen und qualifizierter Entgiftung + 2,0 Mio DM g) Suchtberater in JVA + 0,5 Mio DM h) Spritzenaustauschprogramm + 0,2 Mio DM</p> <p>Die zusätzlichen finanziellen Mittel sollen in die o. g. Bereiche der Suchtarbeit fließen."</p> <p><u>Begründung</u> Aufzubauen ist insbesondere ein spezifisches Angebot für drogenabhängige Frauen. Zu einem entsprechenden Angebot gehören Orientierungseinrichtungen, in denen die Frauen die</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. nein GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Möglichkeit erhalten sollen in einem geschützten Rahmen neue Wege zu erproben. Eingerichtet werden soll zudem eine Landeskoordinationsstelle für den Bereich 'Frauen und Sucht'. Hierfür sind 500 000 DM bereitzustellen. Darüber hinaus sind Notschlafstellen für Frauen einzurichten, die auch eine Übernachtungsmöglichkeit für drogenabhängige Frauen mit Kindern bieten können.</p> <p>Neben einem erweiterten Angebot an stationären Therapieplätzen ist vor allem eine qualifizierte Entgiftung auszubauen. Hierbei soll aber auch eine konzeptionelle Neuorientierung vorgenommen werden, die stärker eine Ausdifferenzierung der Therapieangebote berücksichtigt und spezifische Angebote für Frauen vorsieht.</p> <p>Die niedrigschwelligen Angebote in der Drogenhilfe (Drogenkontaktafcs etc.) müssen über die im Modellprogramm hinaus geförderten Einrichtungen entsprechend erweitert werden. Sucht- und Drogenberatungsstellen sollen eine erweiterte Förderung erhalten.</p> <p>Orientierungseinrichtungen und Tageseinrichtungen sollten zumindest in jeder Region vorhanden sein.</p>	
75	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 71 Erhöhung des Ansatzes um 6 400 000 DM auf 38 400 000 DM</p> <p>Begründung Mit der Erhöhung sollen insbesondere die Suchtprophylaxe mit 1 Mio, die niederschwelligen Angebote mit 1 Mio, die Nachsorge mit 2,9 Mio zusätzlich ausgestattet werden. Mit 1,5 Mio soll eine weitere Einrichtung von Therapie sofort mit 25 stationären Therapieplätzen eingerichtet werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
76	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 684 71 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 1 000 000 DM auf 21 720 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die neue Drogenpolitik in NRW kann nur im Rahmen einer erweiterten Informationsarbeit sichergestellt werden. Innerhalb der vier Säulen der Drogenpolitik (Prävention, Prophylaxe, Repression, Überlebenshilfe) ist die Informationsarbeit ein bedeutendes Mittel. Mit der Erhöhung des Baransatzes kann die erfolgreiche Drogenarbeit, einschließlich der Präventionsverstärkung, sichergestellt werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
77	SPD	<p>Kapitel 07 080 Titel 883 73 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 500 000 DM auf 20 975 800 DM</p> <p><u>Begründung</u> Kürzung wegen Deckung bei Bekämpfung der Suchtgefahren (07 080/684 71).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
78	CDU	<p>Kapitel 07 080 TG 81 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 500 000 DM auf 6 330 900 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die Erhöhung soll für den Unterteil 6 "Frühförderung behinderter Kinder" zur Verfügung gestellt werden, um die Frühförderung in NRW zu verbessern.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>
79	CDU	<p>Kapitel 07 110 Titel 518 10 (Ergänzungsvorlage - Drucksache 11/6322 -) Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 3 000 000 DM auf 0 DM</p> <p>und einer Kürzung der VE</p> <p>um 9 000 000 DM auf 0 DM</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
80	GRÜNE	<p>Kapitel 07 110 Titel 525 11 Erhöhung des Ansatzes um 1 000 000 DM auf 1 350 000 DM</p> <p>Der Vermerk wird ergänzt um</p> <p>3. Aus den hier veranschlagten Mitteln können auch Mehrausgaben bei den Titeln 525 10, 685 10 und 524 10 geleistet werden.</p> <p><u>Begründung</u> Die hohe Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die noch vor Erreichen des Rentenalters berufs- oder erwerbsunfähig erkranken, zeigt, daß die gesundheitlichen Gefährdungen in der Arbeitswelt eher zu- als abnehmen. Dabei verlagern sich Risiken in neue Bereiche (Bildschirmarbeit, Strieß) oder wurden erst in jüngerer Zeit zunehmend als solche erkannt (Schad-, Giftstoff- und Strahlenbelastungen). Die für den Arbeits- und Gesundheitsschutz zuständigen Bediensteten der Gewerbeaufsicht können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn Qualifikation und Kenntnisse mit den wachsenden Anforderungen und dem wachsenden Stand ergonomischer und arbeitsmedizinischer Erkenntnisse Schritt halten. Eine deutliche Verstärkung der Qualifizierungsarbeit in diesem Bereich ist daher geboten.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU nein F.D.P. nein GRÜNE ja</p>
81	CDU	<p>Kapitel 07 120 Kürzung des Ansatzes um 1 000 000 DM auf 12 065 400 DM</p> <p><u>Begründung</u> In der Haushaltssituation, in der sich NRW heute befindet, ist die Verringerung des Haushaltes auf das absolut Notwendige erforderlich. Darüber hinaus ist mittelfristig eine generelle Auflösung des Institutes und einer Verlagerung seiner Aufgaben an die Hochschulen anzustreben.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
82 GRÜNE	<p>Kapitel 07 130 Titel 643 00 Erhöhung des Ansatzes</p> <p>um 5 000 000 DM auf 154 926 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Die beiden Landschaftsverbände weisen darauf hin, daß die Pauschale, die den Landschaftsverbänden zur Leistung einer Landesaufgabe gewährt wird, die tatsächlichen Kosten nicht deckt. Die Unterdeckung wird z. T. durch einen nicht vorhersehbaren Anstieg von betreuten MaßregelvollzugspatientInnen hervorgerufen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU Enth. F.D.P. Enth. GRÜNE ja</p>
83 SPD	<p>Kapitel 07 210 Titel 532 00 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 300 000 DM auf 7 700 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Kürzung wegen Deckung bei Bekämpfung der Suchtgefahren (07 080/684 71).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
84 CDU	<p>Kapitel 07 230 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 7 059 400 DM auf 0 DM</p> <p><u>Begründung</u> Das Versicherungsamt wird aufgelöst. In Anlehnung an das Gutachten von Prof. Ellwein sollten die Aufgaben auf die Landesrentenbehörde verlagert werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>
85 SPD	<p>Kapitel 07 330 Titel 453 79 Kürzung des Ansatzes</p> <p>um 200 000 DM auf 300 000 DM</p> <p><u>Begründung</u> Kürzung wegen Deckung bei Bekämpfung der Suchtgefahren (07 080/684 71).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja F.D.P. Enth. GRÜNE nein</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts-
und Finanzausschuß des Landtags

Anlage zu den	
Vorlagen	11/2620 <u>B/M</u>
	11/2621
	11/2622
	11/2623

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1994

- Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales -
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
07 020	<p><u>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</u> Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.</p> <p><u>Allgemeine Bewilligungen</u></p> <p><u>Titelgruppe 60</u> Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer</p> <p>Sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung</u> 3.840.000 DM + 600.000 DM = 4.440.000 DM</p> <p><u>Titelgruppe 65</u> Förderung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen (Wiedereingliederungsprogramm) in das Erwerbsleben und modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte</p> <p>Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung</u> 2.480.000 DM + 500.000 DM = 2.980.000 DM</p>	610.000	+20.000	630.000
684 60		12.190.000	+280.000	12.470.000
653 65		4.100.000	-	4.100.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 020) (653 65)	<u>Fälligkeiten der Verpflichtungsermächtigung:</u> 1995: 1.300.000 DM 1996: 1.200.000 DM 1997: 480.000 DM			
653 72	<u>Titelgruppe 72</u> Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen Zuweisungen an kommunale Träger	64.015.000	-300.000	63.715.000
863 85	<u>Titelgruppe 85</u> Förderung von Werkstätten für Behinderte Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaß- nahmen von Werkstätten für Behinderte und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen	12.500.000	+ 1.000.000	13.500.000
<u>07 040</u>	<u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u>			
526 71	<u>Titelgruppe 71</u> Aktionsprogramm zur sozialen Eingliederung Behinderter Kosten für Sachverständige und Untersuchungs- vorhaben	189.000	+ 21.000	210.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 040)	<u>Titelgruppe 90</u> Landesaltenplan - Gesellschaftliche Integration alter Menschen			
684 90	Zuschüsse an freie Träger	5.750.000	+ 750.000	6.500.000
684 91	<u>Titelgruppe 91</u> Landesaltenplan - Hilfen für zu Hause lebende alte Menschen und deren Angehörige			
	Zuschüsse an freie Träger für laufende Zwecke	66.170.000	+ 129.000	66.299.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung</u> 32.900.000 DM + 225.000 DM = 33.125.000 DM			
	Änderung der Erläuterungstabelle zu Titelgruppe 91: Nr. 7: Förderung der ambulanten gesundheitspflegerischen Hilfen durch Sozialstationen 54.840.000 DM - 771.000 DM = 54.069.000 DM			
	Nr. 9: Förderung der nachberuflichen Tätigkeit von zu Hause lebenden alten Menschen Bisher 0 DM + 900.000 DM = 900.000 DM (im Vorjahr veranschlagt bei Kapitel 15 040 Titel 684 10)			

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
<u>07 050</u>	<u>Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen</u>			
653 10	Zuweisungen für die Fortbildung in der sozialen Arbeit Die Erläuterungen zu Titel 653 10 werden wir folgt geändert: Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt: Von dem Ansatz sind 47.500 DM für zusätzliche Fort- bildungsmaßnahmen zum Thema "Sexuelle Gewalt gegen Kinder" vorgesehen. Die Sätze 2 und 3 werden zu den Sätzen 3 und 4.	270.000	+ 47.500	317.500
684 20	Zuschüsse für die Fortbildung in der sozialen Arbeit Die Erläuterungen zu Titel 684 20 werden wir folgt geändert: Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt: Von dem Ansatz sind 222.500 DM für zusätzliche Fort- bildungsmaßnahmen zum Thema "Sexuelle Gewalt gegen Kinder" vorgesehen. Die Sätze 2 und 3 werden zu den Sätzen 3 und 4.	1.715.000	+ 222.500	1.937.500
653 60	<u>Titelgruppe 60</u> Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe Zuweisungen an öffentliche Träger Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 653 60: Nr. 7: Förderung von Kindererholungsmaßnahmen 882.000 DM + 98.000 DM = 980.000 DM	22.158.000	+ 98.000	22.256.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 050) 684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrts- pflege Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 684 60: Nr. 3: Förderung von Erholungsmaßnahmen für körper- und geistigbehinderte Kinder und Jugendliche 1.188.000 DM + 70.000 DM = 1.258.000 DM Nr. 7: Förderung von Kindererholungsmaßnahmen 4.410.000 DM + 490.000 DM = 4.900.000 DM Nr. 8: Förderung von Schulungsmaßnahmen für Leiter und Helfer in der Kindererholung 108.000 DM + 12.000 DM = 120.000 DM	52.276.000	+ 572.000	52.848.000
883 60	Zuweisungen an öffentliche Träger zur Errichtung oder zum Erwerb, zum Aus- und Umbau, zur Instand- setzung und zur Ausstattung von Einrichtungen	270.000	-270.000	0
653 61	<u>Titelgruppe 61</u> <u>Landesjugendplan</u> Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 653 61: Nr. 13: Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten 30.281.000 DM + 3.279.000 DM = 33.560.000 DM	37.983.000	+ 3.329.000	41.312.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 050) (653 61)	<p>Nr. 26: Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der Arbeitsgemeinschaften für die jugendpflegerische Betreuung junger Soldaten und Zivildienstleistender Bisher 0 DM + 50.000 DM = 50.000 DM</p>			
684 61	<p>Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</p> <p>Änderung der Erläuterungstabelle zu Titel 684 61:</p> <p>Nr. 5: Förderung der Beschäftigung von Fachkräften der Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit 19.600.000 DM + 60.000 DM = 19.660.000 DM</p> <p>Nr. 6: Betriebskostenzuschüsse an die Akademie für musische Bildung und Medienerziehung in Remscheid 1.263.000 DM - 7.000 DM = 1.256.000 DM</p> <p>Nr. 16: Förderung von Jugendferienmaßnahmen 7.175.000 DM + 1.575.000 DM = 8.750.000 DM</p>	136.635.000	+ 1.628.000	138.263.000
883 70	<p><u>Titelgruppe 70</u> Förderung von Einrichtungen der erzieherischen Jugendhilfe</p> <p>Zuweisungen für die Ausstattung der bei Titel 853 70 genannten Einrichtungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p>	260.000	-260.000	0

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 050) 893 70	Zuschüsse für die Ausstattung der bei Titel 863 70 genannten Einrichtungen an Träger der freien Jugend- hilfe	2.160.000	-2.160.000	0
	<u>Titelgruppe 80</u> Förderung der Betriebs- und Investitionskosten nach dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder - GTK			
883 80	Zuweisungen an Gemeinden (GV) zu den Investitionen für Tageseinrichtungen für Kinder	262.296.000	0	262.296.000
	Der verbindliche Teil der Erläuterungen zu Titel 883 80 wird um folgenden Satz ergänzt: "Anstelle der Plätze für Kinder unter drei Jahren können auch Hortplätze gefördert werden."			
<u>07 080</u>	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
	<u>Titelgruppe 64</u> Bekämpfung erworbener Immunschwäche (AIDS)			
541 64	Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen	290.000	+ 10.000	300.000
653 64	Zuweisungen an Gemeinden	1.671.500	+ 18.000	1.689.500
684 64	Zuschüsse an freie Träger	5.200.000	+ 972.000	6.172.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
(07 080)	<u>Titelgruppe 71</u> Bekämpfung der Suchtgefahren			
684 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	20.720.000	+ 1.000.000	21.720.000
883 73	<u>Titelgruppe 73</u> Zuwendungen an Gemeinden (GV) aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst und an Hilfsorga- nisationen in der Unfallhilfe	21.475.800	-500.000	20.975.800
<u>07 210</u>	<u>Zuweisungen für Investitionen des Rettungsdienstes</u>			
532 00	<u>Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte</u> Auslagen in Rechtssachen	8.000.000	-300.000	7.700.000
<u>07 330</u>	<u>Dienststellen der Kriegsopferversorgung</u>			
453 79	<u>Titelgruppe 79</u> Hilfen des Landes für Rechtspflege und Verwaltung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland Trennungsschädigung und Umzugskosten- vergütung	500.000	-200.000	300.000

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Anlage 1: - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr weniger (-) DM	neuer Ansatz DM
	<u>Abschluß Einzelplan 07:</u>	1.399.062.400	0	1.399.062.400
	Einnahmen			
	Ausgaben	6.736.166.100	+ 6.107.000	6.742.273.100
	Verpflichtungsermächtigungen	1.255.915.000	+ 1.325.000	1.257.240.000